

# Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr Nichts.  
Vereinigt Alles!

## Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Bezugspreis des Vierteljahres 4,50 Mk., wozu noch das Postgeld oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Schriftleitung und Verlagsstelle  
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61 III  
Telephon: Amt Rommhuus, Nr. 1674

Empfänger der dreispaltigen Kleinzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 30 Mk. Anzeigen-, Bezugs- und Verbandsgebühren sind an Otto Schmalz, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten.  
Postfachkonto Berlin 1386.

**Inhalt:** Generalversammlung. — Eine Pfingstgabe. — Lebensmittelorgane unten und oben. — Vertrag. — Vereinzelt seid Ihr Nichts. — Vereinigt Alles! — Der deutsche Sozialist. — Vermischtes. — Berichte aus Fachkreisen. — Literatur. — Kritik. — Bekanntmachungen. — Anzeigen.

Könnten, d. h. ob die uns zur Verfügung stehenden, den Verkäufer befriedigenden Zahlungsmittel genügen würden. Diese mit den Nahrungsorganen verbundenen Zahlungsorganen sind es, die die oberen Regionen vielleicht mehr beschäftigen als die eigentlichen Nahrungsorganen. Wer oben steht und infolgedessen über reichliche Geldmittel verfügt, kann naturgemäß der eigentlichen Nahrungsorganen um seine Person leichter Herr werden als der unten stehende; ihn drücken dagegen mehr die Zahlungsorganen. Und mit solchen haben die verantwortlichen Reichsstellen mehr zu kämpfen, als man in den Volksmassen glauben mag. Denn selbst die Anschaffung des bescheidenen Quantums, das die Entente uns hereinlassen will, droht unter Umständen daran zu scheitern, daß uns für bestimmte Mengen augenblicklich die erforderlichen Zahlungsmittel fehlen, weil Krieg, Blockade und deren Folgen unsere wirtschaftliche Lage so unsagbar heruntergebracht haben. Unser Papiergeld ist entwertet. Die Papierzahlung verteuert den Warenpreis ins Ungemessene, so daß die Ladenpreise für ausländisches Mehl, Fleisch, Fett, Reis, Bohnen der breiten Masse unerschwinglich werden. Um zu angemessenen Preisen einzukaufen zu können, müssen wir mit besseren Zahlungsmitteln kommen, mit Gold, oder mit gleichwertigen Produkten wie Steinkohle, Kali, Industriefabrikaten, oder mit ausländischen Werten, mit Devisen. Die Beschaffung solcher Devisen ist gegenwärtig unsere Hauptaufgabe. Sie ist bei der Reichsbank zentralisiert, wie andererseits der gesamte Lebensmittelankauf bei der Einfuhrzentrale des Reichsernährungsministeriums zusammenläuft.

sich aus dem Kermel schütteln können, sondern daß wir uns dies Brot selbst beschaffen müssen. Es wird klar, wie falsch es ist, immer nur Appelle um Abhilfe nach oben zu richten, da doch der letzte Appell, der einzige Appell, der überhaupt einen Sinn hat, nur an uns selber gerichtet werden kann. Es ist keine Phrase, daß nur die Arbeit imstande ist, Werte zu erzeugen, die wir dann in Lebensmitteln, Kleidern, Behausung anlegen können. Hundert Minister und tausend Reichsbankstellen sind beim besten Willen nicht imstande, das zuwege zu bringen, was tausend Hände eines werktätigen Volkes zu leisten vermögen. Wollen wir leben, dann müssen wir, nur wir, die dazu nötigen Zahlungsmittel ausbringen. Regierung und Reichsbank können nur leiten, ordnen, die Organisation und Verteilung. Alles andere ist unsere Sache. Wir sind ein mündiges Volk!

**Generalversammlung.**  
Für den Gau Stuttgart sind noch drei Wahlkreise nachzutragen:  
Kreis 58b: Urach. (Ist selbständiger Wahlkreis.)  
Kreis 58c: Rebingen, Albert Egel, Stuttgarter Straße 7, Neckartenglingen, Jakob Stollstomer, Wahlort: Rebingen.  
Kreis 58d: Rürtingen, Paul Gramen, Marktstr. 21, Oden (Oberamt Kirchheim u. Teck), Albert Hausmann, Hintere Straße 19.  
Verteilung: Für den Kreis 58 muß es statt Oberbach Oberbach heißen. D. B.

**Eine Pfingstgabe.**  
Eine prächtige Pfingstgabe haben sich die deutschen Textilarbeiter und -arbeiterinnen, soweit sie auf dem Boden der freien Gewerkschaften mit ihrem Endziel der vergesellschafteten Produktion stehen, geleistet: sie haben ihren Verband auf über 300000 Mitglieder gebracht. Welch ein herrlicher Pfingststrauß!  
Die geistige Erleuchtung, die seit der Revolution auch über die Textilarbeiterschaft gekommen ist, kommt so gerade zu einem Zeitpunkt, der nach der Kirchenlehre der geistigen Aufklärung besonders gewidmet sein soll, zu trefflichem Ausdruck.  
Die Aufklärung kann aber nur erfolgen bei genügender Aufnahmefähigkeit für die Aufklärung. Ist auch diese in dieser Zeit besonders groß? Wir glauben es. Und deshalb wollen wir hier zu Nutz und Frommen der Neugewonnenen und derer, die noch gewonnen werden sollen, in Kürze die heute besonders passende Frage erörtern: Warum sind wir eigentlich Gewerkschaftler?

### Vertrag.

Zwischen der Reichs-Textil-A.-G., vertreten durch Herrn Groth, und dem Deutschen Textilarbeiterverband, Filiale Gera, vertreten durch Herrn Verbandssekretär Schmidt, wurde im Beisein des Herrn Raubach von der Reichs-Textil-A.-G., Berlin, Abtl. I M 9, und des Leiters des Lagers Gera, Herrn Leutnant Sattler, folgender Vertrag abgeschlossen:  
Punkt 1. Die Arbeitszeit beträgt täglich 8 Stunden, Sonnabends 6 Stunden. — Für die Wachmannschaften beginnt der Dienst mit Schluß der Lagerräume und endet mit der Wiederaufnahme des Betriebs in denselben.

Zunächst aus dem Grunde, der jede Vereinigung zuwege bringt, die Einzelkräfte zu sammeln, um zu einer Kollektivkraft zu kommen, die in ihrer Zusammenfassung mächtiger ist als die vielen verzelten Einzelkräfte es wären. Alle vereinte, organisch zusammengefaßte Kraft ist verstarke Kraft. Und die so verstärkte Kraft soll auf das große Ziel gerichtet sein: Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bis zu dem Maße, daß die Existenz des privaten Unternehmers unsicher wird und an seine Stelle die Gesellschaft als Unternehmer treten muß, wo es nicht schon in der Erkenntnis geschehen ist, daß die Gesellschaft die Persönlichkeit verdrängen muß, wo dies mit Nutzen für die ganze Gesellschaft, demnach also auch für die einzelne Persönlichkeit, geschehen kann.  
Bis dieses Endziel erreicht werden kann, sind, wo es noch in der Ferne liegt, viele Stappen zu überwinden, von denen jede einzelne aber auch schon ein besonderes Strebeziel bildet: höherer Lohn, kürzere Arbeitszeit, Mitbestimmung der Arbeiter an dem Produktionsprozeß in jeder der Arbeiterschaft nützlichen Weise durch die Betriebsräte. Und der Weg zu diesen Stappen oder Teilzielen ist gepflastert mit Steinen der Belehrung und Aufklärung und des Anrufs der edelsten Triebe im Menschen zur Festigung des Klassenbewußtseins und zur Bedeckung der Solidarität mit den Arbeitsgenossen. Und die den Weg gehen, müssen, wollen sie ihre Ziele auf schnellste Weise erreichen, besetzt sein von dem belebenden, erhebenden und beflügelnden Gefühl, das seinen sprachlichen Ausdruck finden könnte in dem heute zeitgemäßen Worte: P f i n g s t i m m u n g.  
Pfingstimmung! Ja, möchte sie die Kollegenchaft stets besetzen und ihr stets Antrieb sein bei allen ihren Handlungen! Möchte sie der Pfingstgeist über sie ergießen wie ein befruchtender Maienregen über das Kornfeld! Und möchte der Pfingstgeist so befruchtend sein wie der Maienregen! Dann wird der Verband zu den nächsten Pfingsten sich einen noch viel umfangreicheren Strauß winden können, und aus allen seinen Blüten und Blumen wird Freude und Glück leuchten. Und dieses Leuchten wird künden das Nahen des die ganze bedrückte Menschheit befreienden

Da beantragt die Reichsstelle bei der Einfuhrzentrale 1 Million Gulden für sofort greifbares Milchpulver in Holland, 50 000 Kronen für sterilisierte Vollmilch und 1 500 000 Kronen für mehrere Tausend Faß Butter von Dänemark, 200 000 Frank für Schweizer Kondensmilch, zugleich kommt die Reichsstelle mit der Forderung von 400 000 Kronen für dänisches Rindvieh und Abdeckung von Krediten, die Reichsfischverorgungsgesellschaft mit einer 400 000 Guldenforderung für Fische von Holland, 700 000 Kronen für frische Serringe und 2 000 000 Kronen für frische Fische von Dänemark, sowie 1 000 000 Kronen für Salzheringe und Fischkonserven von Norwegen; die Eiereinfuhrgesellschaft mit 1 500 000 Kronen für Eier von Dänemark usw. usw. Das ist ein Beispiel von den Devisenforderungen einer einzigen Woche. Nach eingehender Prüfung: welche dieser Lebensmittel nach ihrer Notwendigkeit den Vorrang haben, für welche Mengen zurzeit Bedarf vorliegt und ob die Preise verantwortet werden können, wird die Höhe des Zahlungsbedarfs festgestellt. Und nun beginnen die eigentlichen Zahlungsorganen. Woher die Millionen nehmen? Als Deutschland noch nicht in Not war und ungemessenen Kredit hatte, gab es keine Devisenorgane ähnlicher Art. Heute kommt es vor — es ist kein Geheimnis, und das Volk muß es wissen, um es zu verstehen — daß von notwendigen Einkäufen Abstand genommen werden muß, weil die entsprechende Devisendeckung nicht aufzutreiben ist oder die angebotenen Kredite so teuer sind, daß eine unerträgliche Erhöhung der Konsumentenpreise eintreten müßte. Wir bekommen genügend Devisen im Ausland nur dann, wenn wir Warenwerte ausführen. Unser Export von Halb- und Ganzfabrikaten ist aber heute, wo die Industrie aus Rohstoffmangel brach liegen muß oder durch Kämpfe wirtschaftlicher Art immer wieder erschüttert wird, nicht nennenswert. Darum sind wir augenblicklich fast nur auf die Urproduktion angewiesen, wie sie der Bergbau liefert. Deutsche Kohle und deutsches Kali sind heute so gut wie das deutsche Gold, auf das die Entente ihre schwere Hand gelegt hat. Auf dem Wege der primitiven Tauschwirtschaft können wir heute Kohlen gegen Kartoffeln exportieren, wie es zurzeit mit einigen Ländern geschieht. Wir können aber auch für Kohle und Kali Devisen hereinholen, die uns wieder als hochwertige Zahlungsmittel für den Ankauf ausländischer Lebensmittel oder Rohstoffe dienen.

Punkt 2. **Lohnsätze:**  
Die männlichen Arbeitskräfte erhalten folgenden Stundenlohn: Bei einem Alter von 16—18 Jahren 1,10 Mk., von 18 bis 20 Jahren 1,40 Mk., von über 20 Jahren 1,50 Mk.  
Die weiblichen Arbeitskräfte erhalten einen Stundenlohn von: bei einem Alter von 16—18 Jahren 0,90 Mk., von 18 bis 20 Jahren 1,10 Mk., von über 20 Jahren 1,20 Mk.  
Die Wachmannschaften erhalten einen Wochenlohn von 69 Mk.

Punkt 3. **Ueberstunden.**  
Für Ueberstunden, die nur in dringenden Fällen auf Anordnung der Lagerleitung gemacht werden dürfen, werden 25 Proz. Aufschlag zu den Stundenlöhnen gezahlt.  
Für die Wachmannschaften kommen Ueberstunden nicht in Frage. (Siehe Ziffer 1.)

Punkt 4. Den am Lager beschäftigten Arbeitern und Wachmannschaften wird in der Zeit von heute bis 30. September unter Fortbezahlung des Lohnes nach folgendem Grundsatze Urlaub gewährt:  
Für jeden Monat der Beschäftigung wird 1 Tag Urlaub bewilligt, höchstens jedoch 5 Tage an alle Vorgenannten, sofern sie mindestens ¼ Jahr beim Lager tätig waren. Als Stichtag für die Dauer der Beschäftigung gilt der 1. Mai 1919.

Punkt 5. Für alle Arbeiter gilt 14tägige Kündigungsfrist.  
Punkt 6. Die erhöhten Lohnsätze treten für die Lagerarbeiter ab 16. 4., für die Wachmannschaften ab 19. 4. 19 in Geltung.  
Punkt 7. Dieser Vertrag soll bis 31. Juli 1919 gelten, mit der Maßgabe, daß derselbe jeweils um einen Monat verlängert wird, falls er von keiner der vertragsschließenden Partei einen Monat vorher gekündigt wird.

Punkt 9. Als berufener Vertreter der Interessen der Arbeiter und Wachmannschaften des Lagers gilt der Deutsche Textilarbeiterverband, Filiale Gera. Bei Streitigkeiten über das Lohn- und Arbeitsverhältnis oder über die Auslegung dieses Vertrags wird die Retaq verhandelt mit den Vertretern des vertragsschließenden Verbandes zwecks Beilegung der Differenzen. Im Falle wider Erwarten eine Einigung nicht erzielt werden sollte, ist die strittige Angelegenheit der zuständigen rechtspredenden Behörde vorzulegen.  
Gera-Nr., den 14. Mai 1919.

Für den Deutschen Textilarbeiterverband: Chr. Schmidt.  
Der Arbeiterauschuß: S. Zink.  
Für die Reichs-Textil-A.-G.: Groth.  
Der Lagerleiter: Sattler.

### Vereinbarungen

Zwischen der Firma Geraer Filzstuchfabrik Vechl u. Mehlhorn, Gera-Nr., mitvertreten durch den Arbeitgeberverband für Gera und Umgegend einerseits, und dem Arbeiterauschuß der Firma, mitvertreten durch den Deutschen Textilarbeiterverband, Filiale Gera, andererseits.

#### 1. Arbeitszeit.

Die regelmäßige Arbeitszeit beträgt täglich 8 Stunden, mit Ausnahme des Sonnabends, an dem 6 Stunden gearbeitet wird.

### Lebensmittelorgane unten und oben.

Ja, Deutschland hat immer noch große Lebensmittelorgane, trotz der starken Anhäufung von Lebensmitteln im Ausland: es darf nur einen genau begrenzten Teil jenes ausländischen Ueberflusses ankaufen. Wenigstens ist dies noch zur Stunde, wo dieser Artikel geschrieben wird, der Fall, und ob sich darin zu unseren Gunsten bis zum Erscheinen dieses Blattes etwas geändert haben wird, ist sehr zweifelhaft. Doch auch wenn bis dahin die über uns verhängte feindliche Blockade auch aufgehoben wäre, so wäre es noch sehr fraglich, ob wir mehr Lebensmittel erstehen

Beginn und Ende der Arbeitszeit sowie Pausen regelt der Betrieb im Benehmen mit dem Arbeiterausschuß.

2. Löhne.

Als Mindeststundenlöhne wurden festgesetzt:

von 14-18 Jahren	für Arbeiter	für Arbeiterinnen
14-16	0,80 M.	0,80 M.
16-18	1,-	0,75
18-20	1,25	0,95
über 20	1,45	1,15

Für Neueinstellende, die noch nicht in der Branche tätig waren, wird eine Probezeit von 8 Wochen vereinbart. Während derselben wird ein um 10 Proz. geringerer Lohnsatz vergütet.

In den Abteilungen Seltfaktor-Spinnereien, Schererei, Walke, Wäsche, Hauherei, Wolferei, Packerei und Wollsortiererei sind nur männliche Arbeitskräfte zu beschäftigen.

3. Beendigung des Arbeitsverhältnisses.

Eine Kündigung des Arbeitsverhältnisses ist nur notwendig, soweit gesetzliche Ausnahmen bestehen.

4. Ueberzeitarbeit.

Ueberstunden- und Sonntagsarbeit sollen nach Möglichkeit vermieden werden.

Ist Ueberarbeitszeit erforderlich, so werden Ueberstunden mit 25 Proz., Nacht- und Sonntagsarbeit mit 50 Proz. besonders vergütet. Der Ausschlag beträgt Sonntags und Nachts 25 Proz., wenn die Arbeit zur Aufrechterhaltung des Betriebs geleistet werden muß; als Nachtarbeit gilt die Zeit von 7 Uhr abends bis 5 Uhr morgens.

Für Nachtwächter gilt diese Regelung nicht.

5. Lohnzahlung.

Die wöchentliche Lohnzahlung findet Freitag während der Arbeitszeit statt; falls dies ein Feiertag ist am Tage vorher.

6. Ferien.

Wegen der Ferien soll der Arbeitgeberverband für Gera und Umgegend zusammen mit dem Kartell der Gewerkschaften die Entscheidung treffen. Die Vertragsparteien werden sich dieser Entscheidung unterwerfen. Für das Jahr 1919 als Uebergangsjahr wird verabredet, daß Arbeiter, die über 1 und unter 5 Jahren im Betrieb sind, 3 Tage, solche, die länger im Betriebe tätig sind, 5 Tage Ferien erhalten sollen.

Die Ferien sind möglichst in den Monaten Mai bis September unter Fortbezahlung des Lohnes zu gewähren.

7. Einigungsweisen.

Etwaige Meinungsverschiedenheiten über Auslegung der getroffenen Vereinbarungen regeln Arbeitgeber und Arbeiterausschuß unter sich. Im Nichteinigungsfall entscheidet der Schlichtungsausschuß. Die Vertragsparteien sind sich aber darüber einig, daß vor der Anrufung des Schlichtungsausschusses den Vertretern ihrer wirtschaftlichen Verbände Gelegenheit zu einem Schlichtungsversuche gegeben werden soll.

Im Falle einer Lohn Differenz erhält der Arbeitnehmer den bisherigen Lohnsatz zunächst weiter. Die aus der Einigung sich ergebende Lohn Differenz wird sofort nach der Einigung beim nächsten Lohnsatz ausgeglichen. Bei Streitigkeiten irgendwelcher Art darf dem Schiedspruch des Schlichtungsausschusses nicht dadurch vorgegriffen werden, daß die Arbeitnehmer die Arbeit niederlegen oder der Arbeitgeber die Arbeiter aussperrt.

8. Dauer der Vereinbarung.

Diese Vereinbarung tritt rückwirkend am 1. Mai 1919 in Kraft und hat Gültigkeit bis 1. August 1919. Von da ab kann sie monatlich, erstmalig am 1. Juli 1919, gekündigt werden.

9. Bekanntmachung des Tarifs.

Dieser Tarifvertrag ist in jeder Betriebsabteilung anzuschlagen.

Gera-R., den 15. Mai 1919.

Geraer Filztuchfabrik Vachla u. Mehlhorn.

Der Arbeiterausschuß:

Ernst Bispel. Hermann Wandel. Jakob Scheider. Martha Albert. Hedwig Schneider.

Für den Arbeitgeberverband für Gera und Umgegend: Dr. Richmann.

Für den Deutschen Textilarbeiterverband, Filiale Gera: Christian Schmidt.

Gaukonferenz für den Gau 9 (Plauen-Vogtland).

II.

Sahn-Plauen referierte alsdann über die „Arbeitsgemeinschaft“. Nur die Angst vor der Sozialisierung habe nach seiner Ansicht die Unternehmer veranlaßt, der Arbeitsgemeinschaft beizutreten. Die Festlegung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse soll durch die „Arbeitsgemeinschaft“ erfolgen. Die Unternehmer seien bestrebt, die Löhne möglichst niedrig zu halten. Sehr erbärmliche Löhne seien in einzelnen Tarifen vereinbart worden. Redner empfiehlt die Einrichtung eines Tarifamtes in der Zentrale. Es sei bewundernswert, wie die Unternehmer in allen Orten unterrichtet waren von den Löhnen, die in einzelnen Orten vereinbart worden sind. Auch die Kollegenchaft im Lande ist mit den Richtlinien, die die Arbeitsgemeinschaft beschlossen habe, nicht überall einverstanden. Besonders die Löhne nach Altersstufen finden nicht überall Anklang. Die Berufskartellkommissionen müssen selbständig sich notwendig machende Branchenkonferenzen einberufen können, ohne erst die Zustimmung des Gauvorstandes einholen zu müssen. Die Abstufung der Löhne nach Ortsklassen habe auch Unzufriedenheit hervorgerufen. Redner behandelte noch das Zusammenarbeiten mit den anderen Gewerkschaftsrichtungen. So verlangten die Girch-Dunderschen Gewerkschaften bei dem Abschluß eines Tarifes für die Zeichner die Mitwirkung, trotzdem bloß zwei Mitglieder für diese Organisationsrichtung in Frage kommen. Der sogenannte Berufssozialismus müsse bei der Festlegung der Löhne verschwinden, wie derselbe besonders in der Appreturbranche in Plauen in die Erscheinung getreten ist. Die Aufklärung der Mitglieder dürfe auch in dieser Richtung nicht zurückbleiben.

In der Debatte verlangte Kiebel-Plauen, daß die Ferienfrage bei Fortzahlung des Lohnes vereinbart werde. Er stellte einen diesbezüglichen Antrag. Freitag-Zwickau sprach für den Antrag und forderte Bezahlung der gesetzlichen Feiertage. Die Bezahlung müsse mit in den Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft aufgenommen werden.

Dressel-Plauen bemerkte, daß dann nicht nach Stundenlöhnen, sondern nach Bodenlöhnen die Tarife abgeschlossen werden müßten.

Bühring-Plauen meinte, daß die Affordlöhne in der Stidereiindustrie besonders für die Arbeiterinnen sich unpraktisch erwiesen haben. Die Arbeiterinnen seien nicht auf den Stundenlohn gekommen bei ihrer Affordarbeit. Die Regierung müsse gesetzliche Mindeststundenlöhne festsetzen.

Dressel-Plauen warnte davor, daß einzelne Branchentarifkommissionen nach Ansicht des Kollegen Sahn eigenmächtig Konferenzen einberufen können. Dieses Bestreben gebe in erster Linie von den Spitzenwebern aus. Es müsse das bekämpft werden, um die Einheitslichkeit mit der Verbandsleitung nicht zu stören. Auch die Einrichtung eines Tarifamtes sei nicht so leicht durchzuführen. Wichtiger sei, vorläufig in den einzelnen Orten Tarifkommissionen arbeiten zu lassen.

Reichelt-Rirchberg bemängelte die verschiedenen Löhne in den einzelnen Landesteilen. So seien in dem Tuchwebertarif für Weidau-Erimmitschau niedrigere Löhne vereinbart als in Rirchberg. Er ist gegen bestimmte Kündigungsfristen für die Tarife.

Graupe-Zwickau beantwortete ebenfalls die Einrichtung eines Tarifamtes in der Zentrale des Verbandes. Ein Kündigungsstermin bei den Tarifen sei nicht zu umgehen. An eine Beseitigung der Affordarbeit könne vorläufig nicht gedacht werden. Ein Teil der Arbeiterschaft sträube sich sogar noch dagegen. Auch Lenin, der große Revolutionär in Russland, befürwortete das Affordsystem. Hierin müsse innerhalb der Kollegenchaft noch Aufklärungsarbeit erfolgen. Für den Freistaat Sachsen kommen andere Gewerkschaftsrichtungen nicht in Frage, da deren Mitgliederzahl eine verschwindende Minorität bilde.

Zädel-Berlin bemerkte, daß auch die Zentrale des Verbandes den Mangel der Berichterstattung aus den Filialen empfunden hat. Die Unternehmer haben sich schneller mit Hilfe der modernen Verkehrsmittel den neuen Verhältnissen angepaßt. Die Zentrale sei zurzeit schwach besetzt. Die rapide Entwicklung auf über 300 000 Mitglieder in unserem Verbande häuft die Arbeit in der Zentrale. Wir stehen vor der Generalversammlung und da werden die nötigen Reformen beschlossen werden. Die postalischen Verbindungen sind zurzeit auch noch sehr schlecht. Die Unternehmer haben ein Mitteilungsblatt für die abgeschlossenen Tarife. Die Ferienfrage könne auch für eine Untergruppe der Arbeiterschaft vereinbart werden.

Sahn-Plauen empfahl im Schlußworte die Feriengewährung unter Fortzahlung des Lohnes. Die Tarifverträge dürfen nicht für längere Zeit abgeschlossen werden. Er hat keine Befürchtung, daß bei Branchenkonferenzen eine Disharmonie mit den Gauleitungen entstehe. Betreffs der Hinzuziehung der anderen Gewerkschaftsorganisationen arbeite Polizeirat Mette-Plauen mit Unternehmern gemeinsam in dieser Richtung, wenigstens in Plauen.

Die Anträge auf Feriengewährung und Bezahlung der gesetzlichen Feiertage werden einstimmig angenommen.

Nachmittags-Sitzung.

Die Sitzung wurde nachmittags 2 Uhr von Dressel-Plauen eröffnet.

Ueber den 4. Punkt der Tagesordnung: Gewerkschaften und Arbeiterräte referierte Zädel-Berlin. Einleitend führte der Redner aus, daß er wahrscheinlich nicht die offizielle Meinung des Zentralvorstandes vertrete. Die Generalkommission der Gewerkschaften hätte durch den Vorsitzenden Legien das Arbeiterräteystem bekämpft. Auch die einzelnen Führer der Mehrheitssozialisten hätten anfangs die Arbeiterräte bzw. Betriebsräte bekämpft. Der absolute gegnerische Standpunkt sei durch den Druck der Arbeitermassen aufgegeben worden. Auch bei den Mitgliedern des Zentralvorstandes des Verbandes sei man wohl mit seinen weitergehenden Forderungen nicht einverstanden. Eingehend behandelte Redner die Stellung der Gewerkschaftsbeamten. Die letzteren neigen der Bureaufratifizierung zu infolge ihrer einseitigen Tätigkeit. Sie haben keine Zeit, sich in die Theorien eines Marx und Engels einzuarbeiten, weil die Beamten im kleinlichen Tageskampfe für die Interessen der Arbeiterschaft überlastet seien. Das soll kein Vorwurf sein, wie der Redner hervorzuheben bemerkte, sondern unter diesem System leide er in gewisser Beziehung selber. Erst durch den Druck der Arbeitermassen werden die Gewerkschaftsbeamten veranlaßt, sich den revolutionären Entwicklungen und berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft anzupassen. Redner steht auf dem Standpunkt, daß die politische Abhängigkeit der Arbeiterschaft verschwinden ist. Eingehend behandelte er die historische Entwicklung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Mit der Anhäufung der Reichtümer in den Händen dieser Kapitalisten wuchs deren politische Macht. Die Arbeiterschaft verlange wirtschaftliche Gleichberechtigung, die besonders seit der Novemberrevolution verstärkten Umfang nahm. Aus diesen Anlässen wurden die Forderungen nach Arbeiterräten geboren. Die Fehler, die einzelne Arbeiterräte gemacht haben, sind bei jeder neuen Einrichtung zu vermeiden. Die Einführung des Prinzips erfordere Schulung. Auch die erste Regierung verdankt ihre Stellung nach der Revolution nur den Arbeiterräten. Nach dieser wurde das System der Lüge und Verleumdung angewandt, um die Stellung der Arbeiterräte zu erschüttern. Auch in sozialdemokratischen Zeitungen wurde dieses System mitgemacht. Man versuchte, die Arbeiterausschüsse zu reformieren und gab denselben einige Rechte. Diese Sozialpolitiker unterschätzten aber die revolutionäre Arbeiterklasse, den nichtsachenden Drang nach der wirtschaftlichen Befreiung. Die Intelligenz der arbeitenden Klasse verlangte ungestüm die Arbeiterräte. Der erste Arbeitergesetzentwurf der sozialdemokratischen Fraktion vom Jahre 1877 steht nach Ansicht des Redners noch höher in seinen Forderungen als die Forderungen der Vorstandskonferenz der deutschen Gewerkschaften. Die Forderungen der Arbeiterschaft müssen nach einer demokratischen Betriebsführung lauten. Die Betriebsräte sind das Fundament, das ausführende Organ dazu. Die Betriebsräte und die Gewerkschaften müssen als gleichberechtigte Organe nebeneinander und als ein Ganzes bestehen. Die Re-

volution sei noch nicht abgeschlossen. Die Betriebsräte als gleichberechtigte und beschließende Teile müssen die Tätigkeit der Gewerkschaften ergänzen und vervollkommen. Das Selbstbewußtsein der Arbeiter ist im Werden begriffen und damit das sichere Auftreten der Arbeiter ihren Unternehmern gegenüber. Gerade die Festlegung der Affordlöhnsätze gebraucht eine fortlaufende beschließende Kontrolle der Betriebsräte. Die Arbeitsgemeinschaft ist ein Instrument zur Verhinderung der Vergeßlichkeit der Produktion. Wir benutzen die Arbeitsgemeinschaft als Schwert zur Erreichung kollektiver Arbeitsverträge. Auch sein Buch „Uebergangswirtschaft für die Textilindustrie“, meinte der Redner, sei heute überlebt, und so wird sich die Arbeitsgemeinschaft durch die revolutionäre Entwicklung überleben. Der Betriebsrat als Leiter des Betriebes würde nur im Interesse eines Teils der Arbeiterschaft wirken. Die Kontrolle der Bilanz, der Produktion, das Mitbestimmungsrecht über Einstellungen und Entlassungen muß den Betriebsräten auch in der Textilindustrie gewährt werden. Die Unternehmer errichten Wohltätigkeits-einrichtungen, um einen Teil in die Arbeiterschaft hinein-zutreiben. Wir sind nicht gegen diese Einrichtungen an sich, aber wir müssen fordern, daß diese Einrichtungen unter Leitung der Betriebsräte gestellt werden. Die Gewerbeinspektionen sind als Organe der Arbeiterschaft umzugestalten unter Mitwirkung der Betriebsräte. Die Unfallberufsgenossenschaften sind jetzt noch reine Organe der Unternehmer. Ausschaltung der Unternehmer aus dieser Genossenschaft und dieselben höchstens als gutachtende Organe einschließen, sei durchzuführen. Alle diese Maßnahmen und Einrichtungen fassen nicht die Wurzel des Kapitalismus. Bei der Sozialisierung müssen die Betriebsräte mittätig sein. Wir sind gegen die Verstaatlichung der Industrie. Die Verstaatlichung einzelner Industriezweige ist nicht unser Endziel.

Verstaatlichung ist nicht Vergeßlichkeit. Die Regierung hat kein Vertrauen in die Kraft der Arbeiterklasse. Was sie in der Frage der Sozialisierung tut, ist weniger als nichts. Kohle und Eisen sind das Brot der Industrie. Wer Kohle und Eisen beherrscht, beherrscht den Staat. Die heute bestehenden Konzerne der Kapitalisten beherrschen den Markt monopolartig. Die von diesen Konzernen ausgebildeten Verwaltungsräte sind künftig Organe der sozialisierten Betriebe für die ganze Gesellschaft. An Stelle der Kapitalisten und ihrer Vertreter, aus welchen sich heute der Verwaltungsrat eines Konzerns zusammensetzt, tritt künftig der aus Arbeitern, Angestellten, Konsumenten und Staatsvertretern zusammengesetzte Verwaltungsrat. Wer will behaupten, daß diese Umwandlung nicht jede Stunde möglich ist. Voraussetzung ist die Expropriation der Expropriateure; ob Konfiskation oder Ablösung, ist von untergeordneter Bedeutung. Mit Recht sagt Dr. Otto Bauer: „Wir werden fronden müssen für das ausländische Kapital, solange nicht die Weltrevolution allüberall einsetzt. Dann haben wir keine Mittel, auch noch Profit zu erfronden für das inländische Kapital.“

Es gibt aber auch Industrien, welche für die Sozialisierung noch nicht reif sind. Zehn- oder gar hunderttausende in einer Industrie vorhandene Betriebe können nicht von einer Zentralstelle aus verwaltet werden. Dort übt der Unternehmer noch eine gesellschaftlich notwendige Tätigkeit aus. In solchen Industrien muß die Konzentration der Betriebe und die Zusammenfassung der Produktion erst durch entsprechende obligatorische Organisation vorbereitet werden. Diese Vorbereitung bedeutet gleichzeitig Vorbereitung der Sozialisierung. In dieser Lage befindet sich das Gros der Textilindustrie. In Weberei, Wirkerei, Strickerei, Stiderei, Posamentiererei, Wandmacherei zählen die Betriebe nach Zehntausenden. Zwangsweise Zusammenfassung aller Betriebe zu Industrieverbänden. Beherrschung dieser Industrieverbände nicht nur von den Unternehmern oder von einer staatlichen Bureaufratie, sondern wiederum von Verwaltungsorganen, in denen die Vertreter aller jener Schichten vereinigt sind, deren Bedürfnissen der organisierte Industriezweig dienen soll. Förderung der technischen Entwicklung der Industrie, Errichtung von Konstruktionsbüros, Laboratorien und Materialprüfungsanstalten, Normalisierung und Typisierung, dabei Förderung der Spezialisierung der einzelnen Industriebetriebe, Zentralisierung des Ankaufs der Rohstoffe, Zuteilung von Rohstoffen an die einzelnen Betriebe, Konzentrierung des Verkaufs der fertigen Waren in den Verwaltungsbüros, Festsetzung der Preise der Waren, Abschluß von Kollektivarbeitsverträgen, Konzentrierung der Produktion auf die technisch vollkommensten Betriebe gehört zu den Aufgaben der Industrieverbände. Die Produktion wird verbilligt und gesteigert und der Unternehmerprofit zwar nicht ausgeschaltet aber stark reduziert. So wird der Uebergang auch dieser Industrien aus privatem Besitz in Gemeineigentum zum Wohle der Gesamtheit vorbereitet. Redner schildert ausführlich die Aufgabe der Betriebsräte und der Gewerkschaften bei diesen Maßnahmen. Diese Maßnahmen könnten nur durchgeführt werden im Kampf gegen die Unternehmerinteressen, nicht gemeinsam mit den Unternehmern. Voraussetzung ist weiter Ueberweisung politischer Macht an die kommunalen Arbeiterräte und den von diesen bestimmten höheren Instanzen. Die Gewerkschaften erhalten bei zielklarer Anerkennung dieser Entwicklung eine Fülle von Macht und töricht ist die von rechts und links kommende Anschauung, daß die Gewerkschaften ausgepielt hätten. Sie verlagten in der Revolution und standen schmolend, den revolutionären Drang der Arbeiter nicht begreifend und in ihrer Kriegspolitik befangen, der neuen Zeit gegenüber. Mit neuem Geiste müssen sie sich erfüllen, wenn sie mitwirken wollen an den großen Aufgaben, die das Proletariat in der nächsten Zeit zu erfüllen hat. (Großer Beifall.)

Auf Antrag Bühring-Plauen wird von einer Debatte abgesehen.

Eine Resolution im Sinne des Referats wurde einstimmig angenommen. (Ein Teil der Delegierten enthielt sich der Abstimmung.) Die Resolution lautet:

„Die am 17. und 18. Mai in Wunsiedel stattfindende Gaukonferenz des Gaus IX (Vogtland) schließt sich den treffenden Ausführungen des Kollegen Zädel an. Sie stellt sich auf den Boden der Arbeiter- und Betriebsräte, welche mit politischen und wirtschaftlichen Rechten auch in der Exekutive bestimmend ausgestattet sein müssen. Der revolutionäre Drang der Arbeiterschaft treibt dazu, daß die Arbeiter- und Betriebsräte gesetzlich festgelegt und in der Reichsverfassung verankert werden.“

Böhlmann-Falkenstein referierte über „Stellungnahme zur Generalversammlung“. Redner kritisierte einleitend das Fachorgan „Textilarbeiter“. Viele Kollegen seien nicht mit der Haltung des Fachorgans einverstanden. Ueber den Artikel des Kollegen Dressel betz-

Belagerungszustand sei die Redaktion mit einem Schlüsselzuden hinweggegangen. Ein neuer, revolutionärer Geist müsse in der Redaktion und im Zentralvorstand eingehen. Er hätte gewünscht, daß die Frage der Sozialisierung auf die Tagesordnung der Generalversammlung gestellt werde. Der Verband müsse durch erhöhte Beiträge, 60, 80, 100 und 120 Pf. nach den Vorschlägen der Reorganisationskommission finanziell gut fundiert sein. Erhöhte Streikunterstützung soll eingeführt werden. Der prozentuale Anteil von den Beiträgen für die Lokalkassen der Filialen dürfe nicht herabgesetzt werden.

**Graupe-Zwischen** meint, er habe zwar kein Stimmrecht, warnt aber davor, den politischen Meinungsaustrausch in die Gewerkschaft hineinzutragen. Das Fachorgan könne nicht eine einseitige politische Tendenz propagieren, sondern müsse sich in dem jetzigen politischen Meinungsstreit neutral verhalten. Keine Regierung nach der Revolution habe die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit gehindert. Selbst **Saase** habe sich für einen Grenzschutz erklärt. Die Erhöhung der Streikunterstützung sei notwendig.

**Soller-Helmbrechts** glaubt, daß Graupe die Maßnahmen der Regierung in bezug auf den Belagerungszustand falsch beurteile. Er schildert die Zustände in Bayern.

**Dressel-Plauen** beschränkt nicht, daß durch den Antrag Böhlmanns der politische Streit in die Gewerkschaftsbewegung hineingetragen wird. Wir haben keine Ursache, nach den Gründen zu forschen, warum ein Belagerungszustand verhängt worden ist. Wir müssen uns auch gegen die Freiwilligenverbände wenden. Seit einigen Tagen sind um Plauen herum Kosketruppen zusammengezogen worden.

**Säckel-Berlin** erläutert die Beschlüsse der Reorganisationskommission. Es werde ein Antrag von der Kommission dem Verbandstag vorgelegt, der sich mit der Sozialisierung beschäftigt. Das Bestreben in den Gewerkschaften, die Unterstützungseinrichtungen abzuschaffen, sei nicht zu empfehlen. Die Kommission wird dementsprechende Anträge stellen. Parteipolitik dürfe nicht in den Gewerkschaften betrieben werden! Aber während des Krieges haben leider die Gewerkschaften eine bestimmte Politik im Mehrheitsfinne verfolgt. Die Uebergriffe des gegenwärtigen Militarismus können den einzelnen Soldaten nicht zum Vorwurf gemacht werden. Mit den Mehrheitssozialisten könne eine Einigung möglich sein, aber mit Moske niemals. Der Einspruch der Arbeiterorganisationen sei notwendig gegen den Belagerungszustand. In der Mehrheitspartei machen sich schon Versetzungen bemerkbar, und auch hier sei man nicht einig mit Maßnahmen der Regierung.

**Böhlmann-Falkenstein** geht im Schlußwort auf die Ausführungen Graupes ein und empfiehlt die von ihm gestellten Anträge.

Der Antrag, die Sozialisierungsfrage auf die Tagesordnung des Verbandstages zu stellen mit den Referenten Silberling, Kautsky oder Schumann wird angenommen. Auch einer Protestresolution gegen den Belagerungszustand und die Freiwilligenverbände wurde einstimmig zugestimmt. Ein Antrag, die „Seimarbeiterfrage“ baldigst zu regeln, wird dem Gauort als Material überwiesen.

Als Gauort wird **Plauen** wiederum bestimmt.

**Dressel-Plauen** schließt die Gaukonferenz mit dem Hinweis, daß die Debatten sachlich auf der Höhe standen. Die Meinungsstimmigkeiten seien sachlich geklärt worden und einigend haben wir in diesem Geiste weiterzuarbeiten. Mit einem Hoch auf den Deutschen Textilarbeiterverband fand die Konferenz um 7 Uhr ihr Ende.

(Ränge hat man uns gepredigt, wir müßten von der Propagierung einer einseitigen Parteipolitik absehen und dafür sorgen, daß der bekante Parteistreit in unserem Blatte keinen Ausdruck fände. Dann warf man uns aber vor, wir hätten zugunsten einer Parteirichtung Stellung genommen. Das war natürlich nicht der Fall, denn wir haben stets nur unserer Ansicht Ausdruck gegeben. Trotzdem man uns es aber zum Vorwurf machte, daß wir Parteipolitik getrieben hätten, verlangte man nun aber in Wunfriedel, wir sollten eine einseitige Parteipolitik treiben. Denn anders können wir die an unserer Haltung dort gemachten Ausstellungen nicht verstehen. Wäre unsere Haltung aber eine andere gewesen, so wären die Vorwürfe gewiß von der andern Seite gekommen. So erklärt es sich, daß wir über einen Artikel des Kollegen Dressel ohne zustimmende Bemerkung hinweggegangen sind. Wir hatten ihm schon zugestimmt, indem wir sagten, jede Regierung müsse ohne Belagerungszustand auszufliegen suchen. Wir nahmen aber diese näher begründete Bemerkung wieder weg, weil das möglicherweise als Parteinahme nach einer Seite hin aufgefaßt werden könnte, und begnügten uns mit dem Hinweis auf München, damit zeigend, daß auch andere als Koskeregierungen, wenn es in ihrem Interesse liegt, zu dem Belagerungszustand ihre Zuflucht nehmen. Unserer Meinung nach auch zu Unrecht. Doch das ist nun nach Ansicht Böhlmanns nur ein Schlüsselzuden, also zuwenig, nach Ansicht anderer Kollegen war es aber schon zuviel. Und diese Kollegen stehen im politischen Lager Böhlmanns! Kann man es also schon nicht mehr eine politische Partei recht machen, so noch weniger zu weien und daneben noch den vielen anderen Mitgliedern, die keiner jener beiden Parteien angehören. Wir denken, bei dem gegenwärtigen politischen Wirrwarr dürfen wir uns nicht in den Dienst einer politischen Partei stellen, sondern nur die Arbeiterinteressen zu vertreten suchen. Diese werden unserer Ansicht nach am besten gewahrt durch planvolle Sozialisierung, und für solche sind wir stets eingetreten. D. Red.)

### Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

Am 13. und 14. Mai tagte in Berlin eine Vorstandskonferenz der Gewerkschaften. Einleitend gab **Legien** einen Bericht über die gegenwärtige Situation angesichts des von der Entente angebotenen Friedensvertrags, der an Schwere alles übertrifft, was das deutsche Volk während des Krieges durchleben mußte. Aus Äußerungen französischer Arbeiterblätter legt er dar, daß man dem deutschen Volke eine fünfzigjährige Sklaverei für die Ententestaaten auferlegen will, um die Verbrechen seiner früheren Machthaber zu bezahlen. Von den durch die internationalen Konferenzen in Leeds und Bern aufgestellten Arbeiterforderungen stehe nichts im Friedensvertrag. Vielmehr solle erst eine Konferenz im Oktober d. J. in Washington, auf der der Arbeiterschaft nur ein Bierziel

der Vertretung zustehen soll, mit Zweidrittelmehrheit darüber entscheiden, was an Arbeiterschuh in den Völkerbund aufgenommen werden soll. Dazu sehe der künftige Völkerbund nur 2 Gruppen von Mitgliedern vor, die Gründungsmitglieder sowie die später einzuladenden Mitglieder. Zu beiden Gruppen sei Deutschland nicht zugelassen, sondern es könne höchstens später durch einen Zweidrittelmehrheitsbeschluß zugelassen werden. Legien hat deshalb einen Aufruf an die Arbeiter aller Länder vorbereitet, der durch Funkentelegraphie verbreitet werden soll. Weiter gab Legien den Wortlaut des Memorandums der deutschen Friedensdelegation zur Frage des internationalen Arbeiterrechts zur Kenntnis. Erlange dieser Friedensvertrag Geltung, so seien auch die Errungenschaften der deutschen Revolution in Gefahr. Die Konferenz beschloß, einen Aufruf an die organisierte Arbeiterschaft aller Länder zu richten und wählte eine Redaktionskommission zu dessen Ausarbeitung. Weiterhin beschloß die Konferenz, am 13. Mai nur bis 4 Uhr nachmittags zu tagen, um den Vorstandsvertretern Gelegenheit zur Teilnahme an den großen Demonstrationen zu geben. In Sachen des Grenzstreits zwischen den Verbänden der Porzellanarbeiter und Fabrikarbeiter berichtet namens der hierzu eingesetzten Prüfungskommission **Drumsel**. Der Streit entsand daraus, daß den Fabrikarbeitern in zwei Fällen Streikrecht vorgeworfen worden sei. Der Vorstand des Porzellanarbeiterverbandes war bereit, diese Vorwürfe zurückzunehmen, wenn der Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes den gegen den Vorstand des Porzellanarbeiterverbandes erhobenen Vorwurf der Entstellung, Verdrehung und Verdächtigung ebenfalls zurücknehme. Die Kommission empfiehlt, daß beide Vorstände diese zurücknehmenden Erklärungen abgeben, damit die noch vorhandenen Grenzstreitigkeiten durch gemeinsame Verhandlungen geregelt werden können. Der Vertreter der Porzellanarbeiter ist dazu sofort bereit, der Vertreter der Fabrikarbeiter will in seinem Vorstand für die Befolgung des Kommissionsbeschlusses hinwirken. Nach längerer Aussprache beschloß die Konferenz, dem Bericht der Kommission zustimmen, daß die beiderseitigen Beleidigungen kein Hindernis seien, die strittigen Grenzfragen durch ein Schiedsgericht zu erledigen. Die Konferenz fordert daher die beiden Verbände vor, innerhalb vier Wochen ihre Vertreter für ein Schiedsgericht zu wählen.

**Sinnschlag** schlägt **Sassenbach** für jedes Gewerbe paritätische Zentralkommissionen vor, die über Zahl der Lehrlinge, Art der Ausbildung, Arbeitszeit, Dauer der Lehrzeit usw. Bestimmungen auszuarbeiten haben. Ferner möchten für jeden Stadt- und Landkreis paritätische Bezirkskommissionen eingesetzt werden, die die Durchführung der Vorschriften überwachen, sowie darüber entscheiden, welche Arbeitgeber Lehrlinge halten dürfen. Die Dauer der Lehrzeit soll im allgemeinen drei Jahre nicht übersteigen, müsse sich aber nach den Bedürfnissen des Gewerbes richten. Die systematische Ausbildung der Lehrlinge müsse durch Lehrpläne geregelt und deren Durchführung durch Zwischenprüfungen überwacht werden. Bei ungenügender Ausbildung müssen die Lehrlinge in einem anderen Betrieb auf Kosten des bisherigen Lehrmeisters oder des Gesamtgewerbes untergebracht werden. Seimarbeiter ist die Ausbildung der Lehrlinge grundsätzlich zu verweigern. Der Fach- und Fortbildungszulunterricht müsse in die übliche Arbeitsdauer fallen. Die Zentralkommissionen haben auch ein einheitliches Kostgeld festzusetzen. Auch die Großindustrie müsse verpflichtet werden, Lehrstellen in ihren Betrieben einzurichten. Lehrwerkstätten seien nur im Anschluß an praktische Betriebe einzurichten. Durch Sammellehrwerkstätten könne die Werkstattlehre der Kleinbetriebe ergänzt und besonders begabten jungen Leuten Gelegenheit zur Weiterbildung geboten werden. Ferner seien geeignete Maßnahmen für Prüfung der Berufsbegabung sowie für Berufsberatung zu treffen, woran sich die Lehrstellenvermittlung anzuschließen habe. Die Frage der weiblichen Lehrlinge sei durch die Zentralkommission zu regeln. Den jungen ungelernen Arbeitern sei Gelegenheit zu fachtechnischer Ausbildung zu geben. In der Aussprache wurde auf die tarifliche Regelung des Lehrlingswesens hingewiesen und weiterhin verlangt, daß die gesetzlichen Bestimmungen über das Lehrlingswesen geändert werden durch Ausschaltung der Handwerkskammern und Innungen und Uebertragung der Lehrlingsbeziehung auf die Organisation der Arbeitgeber und Arbeiter.

Ueber die Veranstaltung gewerkschaftlicher Unterrichtskurse referierte **Umbreit**, daß das gewaltige Wachstum der Gewerkschaften die Heranbildung einer breiten Mittelschicht von Gewerkschaftsvertretern, vor allem in den Betrieben notwendig mache, die imstande sind, den großen Aufgaben der Gewerkschaften in bezug auf Wiederaufbau des Wirtschaftslebens, Arbeitsgemeinschaft, Betriebsdemokratie und Arbeitervertretung, sowie Vorbereitung der Sozialisierung zu genügen. Diese Kurse sollen in den Bezirken, und zwar zunächst in den Groß- und Mittelstädten über 50 000 Einwohner veranstaltet werden. Abendkurse sein und etwa vier Wochen dauern. Als Unterrichtsgegenstände sind in Aussicht zu nehmen: Tarif- und Schlichtungswesen, Arbeitervertretung und gegnerische Gewerkschaften und Anstellenverbände. Als Lehrer kommen die Gauleiter, Arbeitersekretäre und Teilnehmer früherer Unterrichtskurse in Frage. In der Aussprache wird auf die Notwendigkeit von Kursen für Sozialisierung und öffentliche Verwaltung hingewiesen. Die Konferenz stimmte den Vorschlägen zu und ersuchte die Generalkommission, bis zur nächsten Konferenz über die Kostenregelung Vorschläge zu machen.

Das Reichswirtschaftsministerium teilt der Generalkommission mit, daß für die Karten der Reichsarbeitslosenstatistik die Postkosten vom Reich gedeckt werden sollen. Mit dem Reichsstatistischen Amt soll über eine Vereinfachung dieser Statistik und über Verlängerung der Berichtstermine verhandelt werden.

Die von der letzten Konferenz beschlossene Herausgabe der Verhandlungen über die Arbeiterräte als Agitationschrift soll den Vorständen in gewöhnlicher Zahl zur Verfügung gestellt werden, ebenso die Protokolle der Vorstandskonferenzen, die während des Krieges stattgefunden haben.

Eine Resolution des Holzarbeiterverbandes, die eine Herabsetzung der Lebensmittelpreise fordert, gibt den Reichs Ernährungsminister **Schmidt** Anlaß, zu erklären, daß in absehbarer Zeit an eine Herabsetzung der Höchstpreise der wichtigsten Lebensmittel gar nicht zu denken, sondern im Gegenteil mit weiteren Steigerungen zu rechnen

sei, da die Produktionskosten gestiegen seien. Erst wenn die letzteren sinken, oder wenn ein starkes auswärtiges Angebot von auswärtigen Lebensmitteln zu erwarten sei, könne eine Herabsetzung der Höchstpreise in Frage kommen. Die hohen Schleichhandelspreise könnten dagegen durch bessere Organisation der Lebensmittelerfassung auf dem Lande bekämpft werden. Leider haben die Landarbeiter- und Bauernräte dabei völlig versagt und seien zu einem großen Teil sogar Träger des Schleichhandels geworden. Es müsse daher der ländliche Beamtenapparat reorganisiert und durch städtische Arbeiterräte die Kontrolle auf dem Lande ersetzt werden. Der Minister hofft, daß wir mit den Getreidevorräten bis zur neuen Ernte auskommen und die Brotration aufrechterhalten können. Schlechter sehe es mit Kartoffeln und Fleisch aus. Kartoffeln seien vom Ausland zu sehr hohen Preisen (50 Mk. pro Zentner) zu bekommen. Das Reich will Zuschüsse leisten, um der Gemeinde Kartoffeln zu erträglichen Preisen zur Verfügung zu stellen. Hinsichtlich der Fleischversorgung könne für die nächste Zeit keine Sicherheit für die Lieferung der bisherigen Rationen übernommen werden, da rückwärtslose Eingriffe in die Viehhaltung nicht bloß den Widerstand, sondern auch den Widerstand der Landbevölkerung hervorgerufen würde. Die Einfuhr fremder Lebensmittel sei nur möglich durch Erhöhung unserer Ausfuhr. Es sind deshalb wesentliche Ausfuhrerleichterungen für industrielle Erzeugnisse in Aussicht genommen. Es sind bereits namhafte Abschlüsse für Lebensmittel erzielt, die indes, auf 50 Millionen Verjorgungsberechtigte verteilt, recht geringe Quanten ergeben. In erster Linie sollen die Bergarbeiter und Industriebezirke sowie die Großstädte mit fremden Lebensmitteln versorgt werden. In der Aussprache war Leipart der Ueberzeugung, daß der Schleichhandel wirksamer bekämpft werden könne, wenn der Käufer nicht selbst strafbar gemacht werde. Im übrigen wurde über sehr ungleiche Erfassung des Viehes und über große Kartoffelvorräte in manchen Dörfern berichtet. Der Reichs Ernährungsminister erwiderte, daß nach der gegenwärtigen Rechtslage der Käufer nicht strafbar sei. Leider unterstützt das Publikum trotzdem die Bekämpfung noch viel zu wenig. Die Konferenz faßt das Ergebnis der Aussprache in der Entschließung zusammen, daß sie von der Regierung sofort schärfste Maßnahmen gegen Preiswucher und Schleichhandel fordert, weil diese die Ursache seien, daß die Arbeiterschaft immer höhere Lohnforderungen stellen müsse. Die Kommission, die mit der Ausarbeitung eines Aufrufes gegenüber den Friedensbedingungen der Westmächte beauftragt war, legt der Konferenz einen Entwurf vor, dem die Konferenz zustimmte. Wir geben den Wortlaut des Aufrufes, der telegraphisch verbreitet und den Landeszentralen der Gewerkschaften übermittelt werden soll, an anderer Stelle wieder.

Gegen die in der Vorstandskonferenz vom 1. April d. J. beschlossenen Änderungen in den „Gewerkschaftlichen Grundsätzen“ haben die Zentralen der christlichen Gewerkschaften und S.-D. Gewerksvereine Einspruch erhoben. Die Konferenz beauftragt die Generalkommission, diese Grundsätze in Vereinbarung mit den Gewerkschaftsrichtungen zur Erledigung zu bringen.

Die Konferenz ging dann zur Beratung des Entwurfs der Satzungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes über. Als Berichterstatter des Verfassungsausschusses berichtet **Leipart**, daß der Name „Deutscher Gewerkschaftsbund“ schon 1896 auf dem Berliner Kongreß vorgeschlagen, aber aus Zweckmäßigkeitsgründen die Gründung eines Bundes vertagt worden sei. Die Konferenz beschloß, dem Bund den Namen zu geben: „Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund“. Die Einleitung zu den Satzungen erklärt, daß eine Gewerkschaft ihre Aufgaben nur erfüllen kann, „wenn sie sich als Zentralisation eines Berufs oder einer Industriegruppe über das ganze Land ausdehnt“. Ein Antrag der Vorstände der Gemeinde- und Staatsarbeiter und der Eisenbahner auf Streichung der Worte „eines Berufs oder einer Industriegruppe“ wird gegen 6 Stimmen abgelehnt. Im übrigen wird der vorgelegte Satzungsentwurf ohne wesentliche Änderungen angenommen.

Der diesjährige Gewerkschaftskongreß in Nürnberg beginnt am 30. Juni. Vor dem Kongreß soll eine Konferenz der Arbeiterräte am 27. Juni und die nächste Vorstandskonferenz am 28. Juni in Nürnberg stattfinden.

Am Schlusse der Konferenz verbreitete sich der Vorsitzende des Deutschen Landarbeiterverbandes, **G. Schmidt**, über die Gesichtspunkte, nach denen in der nächsten Zeit die Landwirtschaft zu behandeln ist, wobei er sich gegen eine Zerstückelung des Großbetriebes und allzu weitgehende Förderung der Kleinwirtschaft aussprach. Insbesondere warnt er vor Ueberfischung der Siedlungsreform. Auch vor genossenschaftlicher Bewirtschaftung der Landgüter sei zu warnen, während das Genossenschaftswesen beim Ein- und Verkauf von Bedarfsartikeln und Erzeugnissen große Dienste leisten könne. Der Zwischenhandel sei nach Möglichkeit auszuscheiden. Ein allzu scharfer Eingriff in die Landwirtschaft durch Sozialisierung sei in den nächsten Jahren kaum zu empfehlen, dagegen müsse vieles zur Hebung der Landwirtschaft geschehen, was ebenfalls Eingriffe in die Landwirtschaft erfordere. Die Konferenz war der Meinung, diese Fragen durch den Redner auf dem Gewerkschaftskongreß an geeigneter Stelle behandeln zu lassen.

### Aus der Textilindustrie.

Die Zukunft der polnischen Textilindustrie. Die sehr bedeutende Woll- und Baumwollindustrie in Lodz und Umgebung, ebenso die Lüll- und Spitzenindustrie in Kalisch sind infolge des Krieges finanziell außerordentlich bedrängt und haben in ihrer Not nichts Besseres tun können, als sich an die Finanzkreise in England und Amerika wegen Unterstützung zu wenden. Diese Unterstützung soll ihnen auch jetzt zuteil werden. Es braucht wohl nicht darauf hingewiesen zu werden, daß vor dem Kriege die polnische Textilindustrie sowohl für Maschinen wie für Rohstoffe als die besten Abnehmer Deutschlands galten. Es wird den deutschen Industriellen große Mühe kosten, diese Absatzgebiete wieder zu erobern.

Was englische Garnfabrikanten verdient haben. Auf seiner schottischen Besitzung ist der Großindustrielle und Direktor der Weltfirma J. u. B. Coats, deren Nähgarne auch allen Deutschen, die in der Textilindustrie tätig sind, wohlbekannt waren, Lord Glentano, im Alter von 69 Jahren gestorben. Er hinterläßt ein persönliches Vermögen von

4 Millionen 325 Pfund Sterling, d. h. über 86 1/2 Millionen Mark nach Friedenskurs, eine Summe, die selbst im reichen Großbritannien als recht erheblich bezeichnet werden wird.

Anton u. Alfred Lehmann Aktiengesellschaft, Berlin-Niederlehndorfer. Dem Geschäftsbericht für das Jahr 1918 entnehmen wir folgende Angaben: „Im Berichtsjahr hat unser Hauptbetrieb völlig geruht, so daß mit einem Fabrikationsgewinn überhaupt nicht zu rechnen war, während andererseits eine weitere Herabsetzung der Unkosten sich nicht ermöglichen ließ.“

Die Zukunft der deutschen Textilwarenausfuhr. Zwecks Tilgung der Schulden an das Ausland und der Aufrechterhaltung der Industrie als solche soll die Ernennung eines besonderen Reichskommissars für die Ausfuhr beabsichtigt sein.

Rassenangebote ausländischer Textilwaren in Deutschland. Ueber solche wird im „Konfektionär“ berichtet. Aus Paris sollen große Mengen englischen Tuches in Köln angekommen sein, an einem Tage für zwei Millionen Mark.

Der Deutsche Sozialistentag.

Wir bitten Sie, in Ihrer Organisation schnellstens für die Ernennung der Delegierten zum Deutschen Sozialistentag Sorge zu tragen. Da der Kongreß schon vom 21. bis 23. Juni stattfindet, drängt die Zeit!

Um eine möglichst gleichmäßige Zusammensetzung des Kongresses aus den verschiedenen sozialistischen Richtungen zu ermöglichen, haben wir folgendes Delegations-System vorzuschlagen:

Jede örtliche Parteioorganisation schickt bis drei Delegierte auf den Kongreß, die gewillt sind, dort für die Einigung der sozialistischen Parteien einzutreten.

Wir bitten, die Delegationen zwecks Zustellung von Delegiertenkarten bei dem Kongreßbureau, Berlin W. 56, Oberwallstr. 1a, anzumelden.

Mit sozialistischem Gruß Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie. Der Kongreßausschuß.

Vermischtes.

Der Kapitalmarkt im Jahre 1917.

Die rasche Geldschöpfung der Notenpresse sowie die teilweise Auffangung der so entstandenen Umlaufmittel und Guthaben durch die Kriegsanleihen waren die Hauptmerkmale des Kapitalmarktes im vorigen Jahre.

Neugründungen sind im Jahre 1917 zur Eintragung gekommen in Millionen Mark:

Table with 3 columns: Vierteljahr, Aktienvereine, Gesellschaften m. b. H., Zusammen. Rows for 1st, 2nd, 3rd, 4th quarters and total year.

Die Zahlen von 1916 sind eingeklammert. Die Gesamtziffer der Kapitalerhöhungen weist gegenüber dem Jahre 1916 ebenfalls eine starke Steigerung auf.

Table with 3 columns: Vierteljahr, Aktienvereine, Gesellschaften m. b. H., Zusammen. Rows for 1st, 2nd, 3rd, 4th quarters and total year.

Der Egoismus als Triebfeder für Geetze und Sitten.

Um Sitten und Geetze zu begreifen, sagt Multatuli, ist es nützlich, sich so sorgfältig wie möglich vorzustellen, welche Umstände diese Geetze notwendig und die Sitten allgemein machten.

Ich bin deshalb den Modistinnen nicht böse, aber ich würde böse werden, wenn sie, die Gesetzgeber und Sittenmeister, ausprengten, daß sie die Sitten und Krinolinen verteidigten zum Heil des Menschengeschlechts.

Die Einwohnerzahl.

der nachstehenden Länder entwickelte sich in hundert Jahren wie folgt:

Table with 3 columns: Land, 1800, 1900. Rows for Europe, Austria-Hungary, Germany, France, Great Britain.

Berichte aus Fachkreisen.

Apolba. Eine Textilarbeiterversammlung am Sonnabend, 24. Mai, hatte sich mit einer wichtigen und umfangreichen Tagesordnung zu beschäftigen. Der Vorsitzende, Kollege Schubert, eröffnete die Versammlung.

Die Arbeiterorganisationen und die Weltrevolution. Briefe an die deutschen Arbeiter von Parvus. III. Die Entfaltung des sozialistischen Wirtschaftssystems.

Literatur.

Der Arbeitersozialismus und die Weltrevolution. Briefe an die deutschen Arbeiter von Parvus. III. Die Entfaltung des sozialistischen Wirtschaftssystems.

Die rasche Geldschöpfung der Notenpresse sowie die teilweise Auffangung der so entstandenen Umlaufmittel und Guthaben durch die Kriegsanleihen waren die Hauptmerkmale des Kapitalmarktes im vorigen Jahre.

neuen Wochenschrift ist sehr reich ausgestattet. Die Bewaffnung der Bourgeoisie wird durch zwei große Aufnahmen bemessen, und ein kleiner Artikel weist auf die Bedeutung der Entwaffnung der Arbeiterklasse für den Gang einer jeden proletarischen Revolution hin.

Die beiden Hauptvorträge, die auf der großen, am 10. Februar in Berlin im Abgeordnetenhaus vom Deutschen Wohnungsausschuß veranstalteten Versammlung über das Thema: „Die Wohnungsfrage im neuen Deutschland“ von dem Geschäftsführer des Ausschusses, Dr. R. v. Mangoldt, und von Herrn Generalsekretär Vormbrock-Runkler i. B., Direktor der Westfälischen Heimstätte“ gehalten wurden, sind vor kurzem als Sonderdruck erschienen und können von der Geschäftsstelle des Ausschusses, Berlin-Schöneberg, Neue Steinmühlstr. 4, bezogen werden.

Quittung.

Bei dem Unterzeichneten gingen im Mai ein aus Nachen 28,95 Mf. Paul Wagnere.

Bekanntmachungen.

Vorstand. Sonntag, den 8. Juni, in der 23. Wochenbeitrag fällig. Geschäftsführergesamt. Für die Filialen Lugau im Erzgebirge, Rheine in Westf., Ronndorf und Sommerfeld, Bamberg, Blumenthal-Begegnung unseres Verbandes wird je ein Geschäftsführer zum baldigen Antritt gesucht.

Totenliste. Gestorbene Mitglieder. Breslau. Pauline Giesel, Spinnearbeitlerin, 52 J., Operation. Görlitz. Hulda Nothe, Weberin, 49 J., Lungenentzündung. Plauen i. B. Rudolf Gernh, Füllweber, 81 J., Konrad Müller, Spitzenflopper, 41 J., Otto Kesselbauer, Weicher, 87 J., Otto Künzel, Sticker, 86 J., Hugo Thierich, Füllweber, 88 J., Alfred Kramer, Sticker, 88 J., Ernst Jösch, Drucker, war in Nr. 18 aus Versehen für Plauen gemeldet. Thalheim u. Umg. Ernst Schletter, 78 J., Plagenleiden. Werban. Josef Böhm, Reicherearbeiter, 48 J., Lungenschwindsucht.

Zusammenkünfte. Mitglieder-Versammlungen. Berlin. (Stickerbranche.) Donnerstag, 28. Juni, nachm. 6 Uhr, Riederwallstr. 12, Aula: Brandenburger-Versammlung, Berga (Elster). Sonnabend, 14. Juni, Eschwege. Montag, 18. Juni, Leisnig. Mittwoch, 11. Juni, Dittwis. Dienstag, 10. Juni, nachm. 8 1/2 Uhr, in Böhm's Restaurant, Schlotheim. Sonnabend, 14. Juni, in den „Drei Rosen“.

Zur Beachtung! Der Generalkommission gehen fortgesetzt ausgefertigte Berichtsbogen zur Statistik über die Durchführung des Achtstundentages zu. Diese Bogen sind aber an die Hauptvorstände der Gewerkschaften, was die Textilindustrie betrifft also an uns zu senden.

Filiale Dresden und Umgegend. Unser Bureau verlegen wir ab 15. Juni nach Schützenplatz 20, Hinterhaus (Volkshausneubau). Das Bureau ist für den Verkehr geöffnet: vormittags von 10-1, nachmittags von 5-6 Uhr. Mittwoch und Sonnabend nachmittags geschlossen. Die Gesamtverwaltung. Bandonion- u. Konzert-Spieler. Der Euer Fachblatt „Gut Ton“ zertina-Spieler mit autarrangierter Notenbeilage Probe-Nummer 80 Pf. vom Gut Ton-Verlag, Dresden-A. 21/110.

Zur Beachtung! Der Generalkommission gehen fortgesetzt ausgefertigte Berichtsbogen zur Statistik über die Durchführung des Achtstundentages zu. Diese Bogen sind aber an die Hauptvorstände der Gewerkschaften, was die Textilindustrie betrifft also an uns zu senden.

Filiale Dresden und Umgegend. Unser Bureau verlegen wir ab 15. Juni nach Schützenplatz 20, Hinterhaus (Volkshausneubau). Das Bureau ist für den Verkehr geöffnet: vormittags von 10-1, nachmittags von 5-6 Uhr. Mittwoch und Sonnabend nachmittags geschlossen. Die Gesamtverwaltung. Bandonion- u. Konzert-Spieler. Der Euer Fachblatt „Gut Ton“ zertina-Spieler mit autarrangierter Notenbeilage Probe-Nummer 80 Pf. vom Gut Ton-Verlag, Dresden-A. 21/110. Redaktionsschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 7. Juni. Verlag: Karl Söblich. - Verantwortlicher Redakteur: Paul Wagnere. - Druck: Böttcher's Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. - Sämtlich in Berlin.

Gelegene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.